

327.325 / Sozialistinen Työväen - internationaali / Hampuri / Marseille
Hampuri
1923



Ausgabe vom September 1928

1928

TYÖVÄENLIIKKEEN
KIRJASTO

933015

Statuten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Beschlossen in Hamburg am 23. Mai 1923, revidiert in Marseille
am 25. August 1925 und in Brüssel am 9. August 1928.

A. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale.

1. In der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (S. A. I.) vereinigen sich sozialistische Arbeiterparteien, die in der Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische das Ziel, und im Klassenkampf, der in der politischen und wirtschaftlichen Aktion seinen Ausdruck findet, das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen.

2. Die S. A. I. hat die Aufgabe, die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien zu vereinheitlichen und in gemeinsamen Aktionen zusammenzufassen. Sie erstrebt die gänzliche Vereinheitlichung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung entsprechend den Grundsätzen dieser Statuten.

Die in der S. A. I. vereinigten Parteien verpflichten sich, keiner außerhalb dieser bestehenden politischen internationalen Vereinigung anzugehören.

Es ist die Pflicht der der S. A. I. angeschlossenen Parteien, dahin zu wirken, daß ihre Mitglieder ihre Tätigkeit auf internationalem Gebiet vor allem im Rahmen der S. A. I. entfalten und sich der Einzelmitgliedschaft an internationalen politischen Vereinigungen enthalten, deren Tendenzen mit denen der S. A. I. programmatisch oder taktisch in Widerspruch stehen.

3. Die S. A. I. ist nur insoweit lebendige Wirklichkeit, als ihre Beschlüsse in allen internationalen Fragen für alle ihre Teile bindend sind. Ein jeder Beschluß der internationalen Organisation bedeutet daher eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder.

4. Die S. A. I. ist nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso ein unentbehrliches Instrument während jedes Krieges.

Bei Konflikten zwischen Nationen wird die S. A. I. von den angeschlossenen Parteien für sich als höchste Instanz anerkannt.

5. Organe zur Erfüllung dieser Aufgaben sind: 1. der Internationale Kongreß; 2. die Exekutive; 3. das Bureau; 4. die Geschäftskommission; 5. das Sekretariat.

B. Der Internationale Kongreß.

6. Falls der Kongreß den Zeitpunkt des nächsten Kongresses nicht bestimmt, obliegt die Einberufung der Exekutive. Der Kongreß findet in der Regel alle drei Jahre statt. Falls es die politischen Verhältnisse erfordern, kann die Exekutive den Kongreß auch für einen früheren Zeitpunkt einberufen, als er vom Kongreß festgesetzt wurde. Die Exekutive hat Zeit und Ort

24192

des Kongresses, wenn nicht zwingende Gründe es hindern, mindestens vier Monate vor dem Stattfinden des Kongresses bekanntzugeben. Die Exekutive ist verpflichtet, in kürzester Zeit einen internationalen Kongreß einzuberufen, wenn mindestens zehn angeschlossene Parteien, die mindestens ein Viertel der gesamten Kongreßstimmen repräsentieren, dies verlangen.

7. Am Kongreß können nur Parteien teilnehmen, die der S.A.I. angeschlossen sind. Über die Zugehörigkeit zur S.A.I. entscheidet die Exekutive vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses.

8. Von dem Exekutivkomitee wird jeder angeschlossenen Partei eine gewisse Stimmenzahl für die Abstimmungen am Kongreß zuerkannt. Für die Bemessung der Zahl dieser Kongreßstimmen wird die Mitgliederzahl der Partei sowie die Gesamtstärke des organisierten Proletariats in dem Lande (Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteipresse usw.) zugrunde gelegt. Das Maximum für eine Partei sind 40 Stimmen.

Die Abstimmung nach Kongreßstimmen anstatt nach Köpfen wird vorgenommen, wenn mindestens 30 Kongreßmitglieder, die wenigstens fünf verschiedene Länder vertreten, dies verlangen.

9. Eine Kongreßstimme gibt der angeschlossenen Partei Anrecht auf fünf Delegierte, jede weitere auf drei Delegierte. Das Maximum der Delegierten einer Partei ist 60.

C. Die internationale Konferenz.

10. Auf Beschluß des Bureaus der S. A. I. kann im Anschluß an eine Exekutivsitzung eine öffentliche Konferenz der S. A. I. einberufen werden. Diese Konferenz kann, vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung des internationalen Kongresses, Beschlüsse über die internationale Politik und Taktik der S. A. I. fassen. Ein Recht zur Änderung der Statuten der S. A. I. oder grundlegender Beschlüsse ihrer Kongresse steht ihr nicht zu.

11. Teilnahmeberechtigt an der Internationalen Konferenz sind:

a) Im Maximum dreimal sovjet Vertreter jeder Partei, als wie sie Mitglieder in der Exekutive besitzt. Unter diesen sollen von den Parteivorständen nach Möglichkeit auch Vertreter der parlamentarischen Fraktion und der Parteipresse entsendet werden. Die Mitglieder der Exekutive sind in der Maximalzahl der Vertreter inbegriffen.

b) Jede Partei hat das Recht auf mindestens einen Vertreter.

c) Die Mitglieder des Präsidiums des Internationalen Frauenkomitees.

d) Die Mitglieder des Büros der Sozialistischen Jugend-Internationale.

12. Die Abstimmungen erfolgen nach denselben Regeln wie an internationalen Kongressen, und zwar nach Kongreßstimmen, wenn 15 Konferenzteilnehmer, die wenigstens drei verschiedene Länder vertreten, es verlangen.

13. Die Verhandlungen der Konferenz sind öffentlich, sofern die Exekutive nicht die Beschränkung auf die Parteipresse beschließt.

14. Das Bureau hat das Recht, zu der Konferenz die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes oder anderer Organisationen als Gäste einzuladen.

15. Das Bureau ist verpflichtet, in kürzester Zeit eine Internationale Konferenz einzuberufen, wenn mindestens fünf angeschlossene Parteien, die mindestens ein Achtel der gesamten Kongreßstimmen repräsentieren, dies verlangen.

D. Die Exekutive.

16. Die Mitglieder der Exekutive werden von den angeschlossenen Parteien gewählt. Die Zahl der Exekutivmitglieder wird entsprechend der Vertretung auf den internationalen Kongressen bestimmt. In Ländern, in

denen mehrere Nationen leben, erfolgt die Berechnung für jede Nation. Über die Zuteilung von Nationssplittern zu anderen Ländern entscheidet die Exekutive.

17. Auf Länder (Nationen), die das Anrecht auf mehr als 20 Kongreßstimmen haben, entfallen drei Mitglieder des Exekutivkomitees. Auf Länder (Nationen), die das Anrecht auf 11 bis 20 Kongreßstimmen haben, entfallen zwei Mitglieder des Exekutivkomitees. Auf Länder (Nationen), die das Anrecht auf mehr als 2 bis 10 Kongreßstimmen haben, entfällt 1 Mitglied des Exekutivkomitees.

Länder (Nationen), die weniger als 3 Kongreßstimmen haben, können sich zu Gruppen zusammenschließen, die auf je 3 Kongreßstimmen einen Vertreter in der Exekutive erhalten.

Befinden sich einem Lande (Nation) mehrere angeschlossene Parteien, so wird die Zahl der Exekutivmandate auf Grund der Gesamtsumme ihrer Kongreßstimmen bestimmt und die Mandate auf die Parteien nach dem Proportionalverfahren entsprechend ihren Kongreßstimmen aufgeteilt. In Ländern (Nationen), die nur ein Mandat zur Verfügung haben, fällt dies der stärksten Partei zu.

18. Die Exekutive versieht außerhalb der Tagung des Kongresses die diesem obliegenden Funktionen. Gegen die Entscheidungen der Exekutive steht die Berufung an den Kongreß offen.

19. Auf Verlangen von mindestens einem Fünftel der Exekutivmitglieder wird im Exekutivkomitee nicht nach Köpfen, sondern nach Kongreßstimmen, die den Parteien entsprechend ihrer Stärke zukommen (§ 9), abgestimmt.

20. Die Parteien haben das Recht, im Falle der Verhinderung eines Exekutivmitgliedes einen Ersatzmann zur Sitzung zu entsenden.

21. Beim Eintritt eines Exekutivmitgliedes in ein Ministerium erlischt automatisch seine Mitgliedschaft in der Exekutive. Nach dem Austritt aus der Regierung ist die Wiederwahl in die Exekutive sofort wieder möglich.

E. Das Bureau.

22. Die Exekutive wählt aus ihrer Mitte ein neungliedriges Bureau, das in dringenden Fällen rasch einberufen werden kann und zur Vorberatung der der Exekutive obliegenden Agenden zusammentritt.

Im Bureau sollen möglichst viele Länder vertreten sein, jedoch ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß seine Mitglieder in möglichst kurzer Zeit zu Sitzungen zusammenkommen können.

Das Bureau hat der Exekutive Bericht zu erstatten und ist ihr verantwortlich.

23. Die Geschäftskommission (§ 25) hat das Recht, in Fällen, wo Probleme eines Landes, dessen Parteien im Bureau nicht vertreten sind, beraten werden, Vertreter dieser Parteien zur Teilnahme mit beratender Stimme einzuladen.

F. Die Geschäftskommission und das Sekretariat.

24. Die Exekutive bestimmt den Ort, wo das Sekretariat der SAI seinen Sitz hat, und wählt einen oder mehrere Sekretäre sowie den Kassierer.

25. Die Exekutive setzt eine Geschäftskommission ein, welche der Vorsitzende der Exekutive, der oder die Sekretäre und der Kassierer der SAI, die Exekutivmitglieder des Landes, in dem das Sekretariat seinen Sitz hat, und eine von der Exekutive zu bestimmende Anzahl von ihr zu wählender Mitglieder angehören. Die Mitglieder dieser Geschäftskommission können den Sitzungen der Exekutive und des Bureaus, sofern sie nicht ohnehin diesen Körperschaften angehören, mit beratender Stimme beiwohnen.

26. Die Geschäftskommission hat die Aufgabe, die Tätigkeit des Sekretariats zu überwachen, die Hilfskräfte des Sekretariats anzustellen, in dringenden Fällen Vorbereitungen der politischen Lage vorzunehmen und die Einberufung von Sitzungen der Exekutive und des Bureaus vorzunehmen.

27. Dem Sekretariat obliegt:

a) die Vorbereitung der Sitzungen der Exekutive und des Bureaus sowie der internationalen Kongresse;

b) die Herstellung der Verbindung zwischen den angeschlossenen Parteien, die gegenseitige Information derselben, insbesondere auch durch die Herausgabe eines unperiodisch erscheinenden Bulletins der SAI. in drei Sprachen, das vor allem die Berichte über die Sitzungen der Exekutive und des Bureaus publiziert, sowie auch über prinzipiell wichtige Beschlüsse und Aktionen der angeschlossenen Parteien zu berichten hat;

c) die Erstattung periodischer Kassenberichte an die Exekutive;

d) die Herausgabe der Protokolle der internationalen Kongresse;

e) die Schaffung eines Archivs der internationalen Arbeiterbewegung.

G. Finanzielles.

28. Zur Bestreitung der Unkosten, die aus den Arbeiten der SAI. erwachsen, wird von den angeschlossenen Parteien ein Jahresbeitrag geleistet, der sich aus zwei Teilen zusammensetzt, von denen der eine auf Grund der Mitgliederzahl, der andere auf Grund der Zahl der Kongreßstimmen, die der Partei zur Verfügung stehen, berechnet wird.

29. Die Länder werden entsprechend ihrer wirtschaftlichen Lage in drei Gruppen geteilt. Die mittlere Gruppe wird als Basis betrachtet und allen Beiträgen aus Ländern der Gruppe 1 und der Gruppe 3 ein prozentualer Zuschlag resp. Abzug bei jeder Beitragsleistung berechnet.

30. Bezüglich des Beitrages, der auf die Mitgliederzahl gegründet wird, erfolgt eine Abstufung nach Mitgliederkategorien, so zwar, daß der Betrag, den die Partei per Kopf zu entrichten hat, in den höheren Kategorien kleiner wird. Es kann eine Maximalzahl der Mitglieder, für die Beiträge zu entrichten sind, festgelegt werden.

31. Bei Parteien, die gewerkschaftliche Organisationen als Kollektivmitglieder haben, wird nur ein gewisser Prozentsatz der Mitgliederzahl verrechnet (z. B. 50 Prozent).

32. Der Beitrag für Kongreßstimmen ist nach den Ländergruppen (§ 29), und zwar im selben Prozentverhältnis wie die Beiträge für die Mitgliederzahl abgestuft.

33. Von den Parteien unter 5000 Mitgliedern ist nur die Hälfte der so errechneten Beiträge zu bezahlen, und zwar sowohl der Beiträge nach der Mitgliederzahl als auch nach Kongreßstimmen.

34. Illegale Parteien, deren Mitgliederzahl nicht ermittelt werden kann, zahlen an Stelle des Beitrages nach der Mitgliederzahl ein zweites Mal den Beitrag nach Kongreßstimmen.

35. Auf den oben angegebenen Grundlagen werden durch Kongreßbeschluß bestimmt: die Basiszahlen für die Ländergruppen, die Einteilung der Mitgliederkategorien und das Vielfache der Basiszahl, die sie zu leisten haben, der Beitrag pro Kongreßstimme und die Zuteilung der Länder zu den Ländergruppen.

Die Exekutive erhält das Recht, diese Zahlen und die Zuteilung zu den Ländergruppen nötigenfalls zu ändern, doch ist ein solcher Vorschlag vier Monate vorher den Parteien zu übermitteln und gilt in der Exekutive nur als angenommen, wenn mehr als die Hälfte aller und mehr als zwei Drittel

der an der Abstimmung beteiligten Kongreßstimmen für ihn abgegeben werden.)*

36. Außer den regulären Jahresbeiträgen tragen die angeschlossenen Parteien zu den Kosten des Kongresses bei, indem sie für jeden Delegierten, den sie entsenden, einen Beitrag zahlen, dessen Höhe die Exekutive bei der Einberufung des Kongresses festsetzt.

H. Beziehungen zur Gewerkschafts- und Genossenschafts-internationale.

37. Die SAI. sieht in der Einheit der Gewerkschaftsbewegung die durch den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) repräsentiert wird, ein unumgängliches Erfordernis der erfolgreichen Führung des Klassenkampfes.

Die SAI. sieht in der Einheit der Genossenschaftsbewegung, die durch den Internationalen Genossenschaftsbund (London) repräsentiert wird, einen außerordentlich wertvollen wirtschaftlichen Rückhalt der Arbeiterklasse bei der Führung des Klassenkampfes.

Die SAI. wird daher mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) und dem Internationalen Genossenschaftsbund (London) in ständiger Fühlung bleiben und ist bereit, fallweise gemeinsam mit diesen internationalen Organisationen Zusammenkünfte und Gesamtkongresse der

*) Der Internationale Kongreß in Marseille (1925) hat beschlossen:

Die Basiszahlen für die Ländergruppen sind $1\frac{1}{4}$, resp. 1, resp. $\frac{3}{4}$ Schweizer Centimes. Die Mitgliederkategorie 1—50 000 Mitglieder zahlt den dreifachen, die Mitgliederkategorie 50 001—100 000 den zweifachen, die Mitgliederkategorie über 100 000 Mitglieder den einfachen Beitrag. Mitglieder über eine Million werden nicht verrechnet. Der Beitrag für eine Kongreßstimme in den drei Ländergruppen beträgt 200, resp. 160, resp. 120 Schweizer Franken.

Es besteht also jetzt, in Schweizer Centimes gerechnet, folgendes System:

Betrag	in Ländergruppe		
	I	II	III
pro Kongreßstimme	20 000	16 000	12 000
pro Mitglied in Kategorie 1—50 000	$3\frac{3}{4}$	3	$2\frac{1}{4}$
pro Mitglied in Kategorie 50 001—100 000	$2\frac{1}{2}$	2	$1\frac{1}{2}$
pro Mitglied in Kategorie über 100 000	$1\frac{1}{4}$	1	$\frac{3}{4}$

(Beispiel der Berechnung für eine Partei der Ländergruppe II, die über 100 000 Mitglieder zählt: Für die ersten 50 000 Mitglieder hat sie 150 000 Centimes, für die nächsten 50 000 ihrer Mitglieder 100 000 Centimes, für weitere Mitglieder aber nur 1 Centimes pro Mitglied zu bezahlen. Hat die Partei z. B. 120 000 Mitglieder, so hat sie nach diesem Schema auf Grund dieser Mitgliederzahl 270 000 Centimes zu bezahlen. Hat sie das Anrecht auf elf Kongreßstimmen, so hat sie außerdem noch 176 000 Centimes zu leisten.)

Ende August 1928 ist die Zuteilung zu den Ländergruppen folgende:

Ländergruppe I: Argentinien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Holland, Lettland, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten von Amerika.

Ländergruppe II: Belgien, Estland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Palästina, Portugal.

Ländergruppe III: Armenien, Britisch-Guyana, Bulgarien, China, Danzig, Georgien, Griechenland, Island, Italien, Jugoslawien, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, Rußland, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei, Ukraine, Ungarn.

Arbeiterklasse zur Beratung der allen diesen Organisationen gemeinsamen Probleme abzuhalten.

* * *

Die SAI ruft alle Arbeiter zur Einigkeit der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern und in der Internationale auf. Sie ist entschlossen, auf der Grundlage der von ihr gefaßten Beschlüsse und Resolutionen mit allem Nachdruck für die Verwirklichung dieser Einigung zu arbeiten. Sie fordert die Sozialisten aller Länder auf, ihre Bemühungen zu unterstützen, indem sie sich in tatkräftiger Weise um die Herstellung einer proletarischen Einheitsfront gegen den Kapitalismus und Imperialismus, sowohl in ihrem eigenen Lande, als auch im Schoße der internationalen proletarischen Klassenorganisation bemühen.

Die Stimmenverteilung.

Richtlinien.

1. Das Maximum der Kongreßstimmen, das eine Partei erhalten kann, ist 40.

2. Auf Grund ihrer Mitgliederzahl erhalten die Parteien Kongreßstimmen nach folgender Skala:

für Parteien	Kongreßstimmen
bis zu 5000 Mitgliedern	1
von 5001 bis 7500 Mitgliedern	2
von 7501 bis 10000 Mitgliedern	3
von 10001 bis 15000 Mitgliedern	4
von 15001 bis 25000 Mitgliedern	5
von 25001 bis 40000 Mitgliedern	6
von 40001 bis 55000 Mitgliedern	7
von 55001 bis 70000 Mitgliedern	8
von 70001 bis 85000 Mitgliedern	9
von 85001 bis 100000 Mitgliedern	10
von 100001 bis 150000 Mitgliedern	11
für je weitere 50000 Mitglieder	je 1

3. Von Parteien, denen gewerkschaftliche oder genossenschaftliche Organisationen als Kollektivmitglieder angehören, werden nur die rein politisch organisierten Mitglieder voll gezählt, die anderen in einem Prozentsatz, der dem Durchschnitt des Verhältnisses von gewerkschaftlich und politisch organisierten der anderen Länder entspricht. Vorläufig wird bei diesen Parteien die Hälfte der Zahl der Organisierten in Rechnung gestellt.

4. In Ländern, in denen die Zahl der für die angeschlossenen Parteien bei Parlamentswahlen abgegebenen Stimmen mehr als dreimal so groß ist als die Parteimitgliederzahl, entfällt auf je 150000 Wählerstimmen eine weitere Stimme für den Kongreß. Hierfür werden nur jene Wählerstimmen berücksichtigt, die die dreifache Parteimitgliederzahl übersteigen.

5. In Ländern, in denen kein Frauenwahlrecht besteht, wird die Zahl der Wählerstimmen, die zur Rechnungsgrundlage gemacht wird, um 50 Prozent höher angesetzt als die Zahl der tatsächlich abgegebenen Stimmen.

6. In Ländern, in denen die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten mehr als doppelt so groß ist als die Mitgliederzahl der angeschlossenen Partei und ein engerer Zusammenhang zwischen Partei und Gewerkschaft besteht, entfällt auf je 100 000 gewerkschaftlich Organisierte eine weitere Stimme. Hierfür wird nur jene Zahl von gewerkschaftlich Organisierten in Betracht gezogen, die die doppelte Parteimitgliederzahl übersteigt.

7. In Ländern, wo einer Partei sowohl auf Grund der Zahl der Wählerstimmen als der Zahl der gewerkschaftlich Organisierten Kongreßstimmen zukommen würden, ist nur eine dieser beiden Kategorien, und zwar jene, die mehr Kongreßstimmen ergibt, in Rechnung zu stellen.

8. Abgesehen von vorstehenden Bedingungen können einer Partei auch auf Grund außerordentlicher Umstände Kongreßstimmen zugewiesen werden. So halb oder ganz illegalen Parteien, bei denen der Terror der Regierung den öffentlichen organisatorischen Ausbau der Partei hemmt oder ganz unterbindet.

9. In Ländern, wo die Wählerzahl oder die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten kleiner ist als die Zahl der Parteimitglieder, ist nach entsprechender Klarstellung der Umstände, die zu so außerordentlichen Verhältnissen führen, eventuell eine entsprechende Reduktion der Zahl der Kongreßstimmen vorzunehmen.

10. In Ländern, in denen mehrere angeschlossene Parteien bestehen, wird zunächst die Berechnung der Kongreßstimmen in bezug auf die Summe der Mitglieder aller im Lande bestehenden angeschlossenen Parteien vorgenommen. Sodann erfolgt die Verteilung der Kongreßstimmen unter die Parteien des Landes.

Die Rechnung für die Verteilung ist folgendermaßen durchzuführen: Wir gehen aus von der Partei im Lande, die die kleinste Mitgliederzahl hat. Wir multiplizieren diese Mitgliederzahl mit der Zahl der Parteien im Lande und sehen in unserer Tabelle (§ 2) nach, wieviel Kongreßstimmen auf die so erhaltene Mitgliederzahl kommen. Diese Kongreßstimmen werden durch die Zahl der Parteien dividiert und jeder Partei die so erhaltene Zahl von Kongreßstimmen zugeschrieben. Für die kleinste Partei ist somit das, was sie zu erhalten hat, schon festgesetzt und wir lassen sie bei der weiteren Berechnung außer Betracht. Wir wiederholen nun die Rechnung, indem wir die zweitkleinste Partei zum Ausgangspunkt nehmen — wobei die früher vorgenommene Verteilung entsprechend zu berücksichtigen ist — und fahren so fort, bis nur eine Partei übrig bleibt, der dann noch alle restlichen Stimmen zuzuweisen sind.

11. Die Stimmenverteilung wird bei der ersten Sitzung der Exekutive in jedem Kalenderjahr einer Überprüfung bezüglich der Voraussetzungen für die einzelnen Parteien unterzogen. Es steht der Exekutive jedoch frei, auch in der Zwischenzeit eventuell erforderliche Änderungen zu beschließen.

Übersicht über die Stimmenverteilung.

Länder mit einer Partei	auf Grund				Summe
	Mitglieder	Gewerkschaften	Wählerstimmen	besond. Umst.	
Großbritannien	39	12	(6)	—	40
Deutschland	26	46	(35)	—	40
Frankreich	10	(4)	15	—	25
Belgien	15	—	2	—	17
Schweden	11	(1)	2	—	13
Dänemark	11	(1)	1	—	12
Amerika (U. S.)	4	—	7	—	11
Holland	7	—	4	—	11
Ungarn	10	—	—	—	10
Finnland	6	—	1	—	7
Schweiz	6	(1)	1	—	7
Spanien	3	2	—	—	5
Palästina	4	—	—	—	4
Rumänien	4	—	—	—	4
Argentinien	3	(1)	1	—	4
Lettland	1	—	2	—	3
Bulgarien	6	—3	—	—	3
Estland	1	—	1	—	2
Litauen	1	—	1	—	2
Danzig	2	—	—	—	2
Jugoslawien	1	—	—	—	1
Griechenland	1	—	—	—	1
Portugal	1	—	—	—	1
Luxemburg	1	—	—	—	1
Britisch Guyana	1	—	—	—	1
China	1	—	—	—	1
Türkei	1	—	—	—	1
Island	1	—	—	—	1
Länder mit mehreren Parteien					
Österreich					
Deutsche S. P.	17	—	—	—	17
Tschechische S. P. . . .	3	—	—	—	3
Tschechoslowakei					
Tschechische S. P. . . .	6	(1)	2	—	8
Deutsche S. P.	3	(1)	2	—	5
Ruthenische S. P.	1	—	—	—	1
Polnische S. P.	1	—	—	—	1
Polen					
P. P. S.	6	(3)	5	—	11
Unabhängige S. P. . . .	1	—	—	—	1
Deutsche S. P.	1	—	—	—	1
Länder mit illegalen Parteien					
Armenien	—	—	—	3	3
Georgien	—	—	—	3	3
Italien	—	—	—	16	16
Rußland S. D. A. P.	—	—	—	6	6
„ S.-R.	—	—	—	6	6
Ukraine	—	—	—	3	3
Ungar. Emigr.	—	—	—	1	1
Summe der Kongreßstimmen:					316